

Deutschlands Rolle bei der Lösung regionaler Konflikte

Knut Dethlefsen und
Christoph Moosbauer

1. Eckpunkte einer sozialdemokratischen Antwort auf regionale Konflikte

Der Kalte Krieg ist lange vorbei. Und dennoch ist die Welt, in der wir leben, nicht sicherer geworden. Im Gegenteil. Die andauernden Konflikte im Nahen Osten, die Kriege im Kaukasus und in Afrika, die schwelende Krisenherde in der Kaspischen Region: Sie alle stehen stellvertretend für eine Welt, die mehr denn je von regionalen Auseinandersetzungen überzogen wird. Die Ursachen dieser Konflikte sind vielfältig. Gestritten und gekämpft wird um knappe Ressourcen, um eine gerechtere Verteilung von Gütern, um soziale, kulturelle und politische Teilhabe sowie um Aufstiegschancen. Die ethnischen und die religiösen Dimensionen spielen dabei eine immer wichtigere Rolle. Religiöser Fundamentalismus ist zum Vorwand für Terrorismus geworden - und dadurch zum Sprengsatz für die internationale Politik. Dieser Terrorismus hat ein globales Erscheinungsbild und globale Auswirkungen - oft aber hat er regionale Ursachen. Was können wir tun? Wir sind davon überzeugt, dass die deutsche Sozialdemokratie einen wichtigen Beitrag zur Verhütung und zur Lösung dieser mannigfaltigen regionalen Konflikte leisten kann, wenn wir unsere Ansätze an folgenden Eckpunkten festmachen.

Wir befürworten eine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die sich am Leitbild der sozialen Gerechtigkeit orientiert, denn sie hat das Potenzial, Konflikte an deren Wurzel zu bekämpfen und zu verhüten. Soziale Ungleichheit und soziale Diskriminierung sind Wurzeln von Konflikt und Aufruhr. Sozialdemokraten haben eine gerechte Gesellschaftsordnung immer als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben von Menschen begriffen: national, regional, international. Diesem Leitbild der Gerechtigkeit bleiben wir gerade bei der Formulierung unserer Politik gegenüber einzelnen Regionen stets verpflichtet - und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Konfliktverhütung. Wir bekennen uns dabei zu einer gelebten internationalen Solidarität in dem Sinne, dass wir uns nicht scheuen, Verantwortung für die sozialen Zustände auch außerhalb unserer Grenzen zu übernehmen. Deshalb befürworten wir eine aktive deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die sich ohne falsch verstandene Rücksichtnahmen im Namen jener einmischt, die unter menschenverachtenden Umständen leiden.

Wir befürworten eine Außenpolitik, die in erster Linie auf zivile Maßnahmen zur Verhütung und Eindämmung von Konflikten setzt. Aus unserer Sicht bemisst sich der Grad der Verantwortungsbereitschaft, den Deutschland zu übernehmen bereit ist, nicht pauschal an der Zahl der Bundeswehr-Soldaten, die wir in das Ausland schicken. Eine Verengung der deutschen Politik auf militärische Beiträge lehnen wir ab. Der Grad der Verantwortungsbereitschaft bemisst sich an unserer Fähigkeit, bei der Bekämpfung regionaler Konflikte sehr genau abzuwägen, welches Instrument der Prävention und Befriedung in welchem Konflikt den größten Nutzen erbringen kann. Wir sind überzeugt, dass wir einer Vielzahl von Konflikten am besten mittels ziviler Maßnahmen begegnen können. Hierbei knüpfen wir bewusst an eine gute sozialdemokratische Tradition an. Sozialdemokratisch geführte Regierungen haben wiederholt die Wirksamkeit nicht-militärischer Außenpolitik eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Willy Brandts Ostpolitik etwa hat entscheidend dazu beigetragen, einen globalen Konflikt durch regionale Entspannung und Dialog zu entschärfen und langfristig aufzulösen. Das bedeutet nicht, dass wir den Einsatz militärischer Mittel grundsätzlich ablehnen. Das wäre naiv.

Wir bekennen uns eindeutig zu dem Modell der regionalen Integration als friedensstiftendem Instrument. Die Europäische Union hat dabei Vorbildcharakter. Im Laufe des Prozesses der europäischen Integration haben zuvor verfeindete Staaten staatliche Souveränität geteilt und politische und gesellschaftliche Systeme des Ausgleichs geschaffen. So haben die Europäer für ein historisch bislang einmaliges stabiles, friedliches und demokratisches Miteinander vormals erbitterter Gegner gesorgt. Wir müssen dieses Modell - und diese Erfolgsgeschichte - als eines unserer wertvollsten Exportgüter betrachten.

Wir stärken die Europäische Union in ihrer Funktion als globale Zivilmacht. Die Europäische Union ist, trotz manch gegenläufigen Wunschdenkens, kein militärischer Riese. Aber sie ist ein Riese in Sachen ziviler und polizeilicher Konfliktvorbeugung und Konfliktbekämpfung. In diesen Disziplinen sind wir Europäer gut. Das können wir. Dieses Pfund müssen wir mit bedacht einsetzen und fortentwickeln. Die Brüsseler Institutionen arbeiten noch nicht effizient, noch nicht effektiv genug und wir müssen sie enger mit dem System der Vereinten Nationen verzahnen. Damit ist auch gewährleistet, dass wir dem Prinzip der multilateralen Zusammenarbeit treu bleiben.

In diesem Beitrag erläutern wir, wie wir über die Analyse regionaler Konflikte zu den oben aufgeführten Thesen für eine sozialdemokratische Politik gelangt sind. Wir benennen zunächst die Merkmale regionaler Konflikte und die Herausforderungen, vor die uns insbesondere neuartige Phänomene der Auseinandersetzung stellen. In einem dritten Teil diskutieren wir die Grenzen der Wirksamkeit militärischer Lösungsansätze. Im vierten Abschnitt analysieren wir den Nutzen ziviler Ansätze vor allem aus Sicht der Europäischen Union. Der fünfte Abschnitt gibt einen Überblick darüber, wie militärische und zivile Maßnahmen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktnachsorge kombiniert werden können. Im fünften Teil skizzieren wir die Rolle internationaler Organisationen, bevor wir unsere Erkenntnisse zum Schluss noch einmal zusammenfassen.

Vorab möchten wir noch anmerken, dass wir nicht dem naiven Glauben verfallen sind, dass Strategien, die historisch einmal erfolgreich gewesen sind, geschwinde und unbesehen jedem gegenwärtigen Konflikt übergestülpt werden können. Aber dennoch sind wir davon überzeugt, dass es Mittel und Wege gibt, Konflikte erfolgreich zivil zu bekämpfen. Nicht zuletzt Brandts Ostpolitik erlaubt eine optimistische Schlussfolgerung: Eine kluge, differenzierte und koordinierten Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik kann auch mit zivilen Mitteln friedlichen Wandel in konfliktträchtigen Regionen herbeiführen.

2. Was ist ein regionaler Konflikt?

Die Ursachen, Ausprägungen und Auswirkungen einzelner regionaler Konflikte waren schon immer kompliziert. Und sie sind noch komplizierter geworden. Das "klassische" Modell der regionalen Auseinandersetzung wird mittlerweile überlagert von neuen Akteuren und Phänomenen, die es noch schwerer machen, Ansatzpunkte für friedliche Lösungen zu erarbeiten.

In dem klassischen regionalen Konflikt kämpfen zwei Staaten gegeneinander oder innerhalb eines Staates wird um die Macht gerungen: Rebellen etwa stellen das Gewaltmonopol einer Regierung in Frage. Damit ist es jedoch nie getan. Selbst wenn das Konfliktfeld in beiden Fällen geographisch begrenzt ist, sind in fast jede Krise eine Vielzahl zusätzlicher regionaler Akteure verstrickt, die in der Berichterstattung oft unerwähnt bleiben. Benachbarte Staaten etwa können eine Kriegspartei logistisch oder militärisch unterstützen; eine Konfliktpartei, etwa eine ideologisch oder religiös geprägte Bewegung, rekrutiert Helfer aus ihrem transnationalen Netzwerk, Kämpfer eilen aus dem Ausland herbei; ganze Auseinandersetzungen werden auf einen anderen Schauplatz verlegt; die unvorhersagbare Dynamik der Kriegswirtschaft erschüttert die Volkswirtschaften der Nachbarstaaten; ein Flächenbrand erfasst plötzlich Gebiete, die

von dem ursprünglichen Konflikt nicht betroffen waren. Letzteres ist etwa dann der Fall, wenn afrikanische Rebellenarmeen zur Finanzierung ihrer Kriegszüge versuchen, rohstoffreiche Gegenden in Nachbarländern unter ihre Kontrolle zu bringen. Spätestens die Flucht der Zivilbevölkerung aus dem Krisengebiet regionalisiert jeden zwischen- oder innerstaatlichen Konflikt.

Die Zahl der Möglichkeiten, wie sich eine ganze Region mit einem Konflikt infizieren kann, ist in jüngster Zahl weiter gewachsen. Das klassische Konfliktmodell ist zunehmend durch asymmetrische und heterogene Strukturen ersetzt worden: Nichtstaatliche Akteure lösen staatliche Konfliktparteien ab. Diese sind über nationale Grenzen hinweg organisiert, oft verfügen sie über erhebliche, in einzelnen Fällen sogar über mehr Ressourcen als ihre staatlichen Gegner. Diese Situation erfordert nicht nur ein neues Konfliktmodell, sondern erschwert auch traditionelle Versuche, eine Krise diplomatisch zu beenden. Denn bei aller Unterschiedlichkeit ging es den meisten Konfliktparteien bislang, halbwegs rational, vor allem darum, am Leben zu bleiben und die eigene Macht auszubauen. Sie waren intern hierarchisch organisiert, es gab Kommando-Ketten. Man wusste, mit wem man verhandeln musste und wessen Zusagen eine Chance hatten, auch eingehalten zu werden. All das waren notwendige Voraussetzungen für diplomatische Verhandlungen.

Heute werden diese Voraussetzungen oft nicht mehr erfüllt. Oft ist unklar, mit wem man eigentlich verhandeln soll, mit wem man Frieden schließen kann. Diejenigen, die in Amt und Würden sind, sind nicht immer diejenigen, die auch über die notwendige Macht verfügen. Auch die klassische Machtrationalität haben einzelne Gruppen schlicht aufgegeben. Gerade stark fundamentalistisch orientierten Konfliktparteien sehen sich in einem ewigen Kampf. Frieden ist keine Verhandlungsoption. Für diplomatische Lösungsansätze ist dies keine gute Basis.

Auch eine auf den ersten Blick ganz simple Frage ist angesichts der unübersichtlichen Konfliktphänomene schwer zu beantworten: Ab wann dürfen wir eigentlich von Krieg reden? Wann ist Krieg? Eine auf den Einsatz militärischer Kampfmittel verengte Definition des Krieges greift zu kurz. Viele regionale Konflikte, befeuert etwa von der ungerechten Verteilung von Ressourcen, werden latent ohne militärische Mittel ausgetragen, wirken aber deshalb nicht minder destruktiv. Zudem können sie jederzeit in manifeste, bewaffnete Auseinandersetzungen übergehen, die zumeist ein erhebliches Eskalationspotenzial in sich bergen.

3. Welchen Nutzen haben militärische Lösungsansätze?

Was aber geht das alles uns Deutsche an? Weshalb sollen uns Konflikte am anderen Ende der Welt interessieren? Und wie können wir uns, wenn es denn schon sein muss, dort wirkungsvoll einmischen? Regionale Konflikte sind für uns von Belang, weil sie globale Auswirkungen haben, die auch uns betreffen können: Höhere Rohstoffpreise etwa, oder Umweltkatastrophen, oder Flüchtlingsströme. Die Befriedung der regionalen Konflikte entspricht daher unserem vitalen nationalen wie dem europäischen Interesse. Dies gilt vor allem für die latenten Konflikte im Nahen Osten, im Kaukasus und in Afrika. Die Perspektivlosigkeit der dort lebenden und leidenden Menschen, der daraus erwachsende Migrationsdruck, das alles kann auf Dauer die politischen und gesellschaftlichen Systeme Europas vor erhebliche Probleme stellen, die selbst unsere eigenen Systeme ins Wanken bringen können.

Wie weit kommen wir vor diesem Hintergrund mit dem Einsatz militärischer Mittel? Wir plädieren für eine sehr differenzierte Bewertung, denn so richtig das häufig vorgebrachte Argument ist, man könne einen Krieg nicht mit der Ausgabe von Schulbüchern beenden, so falsch ist es gleichzeitig. Selbstverständlich gibt es Situationen, in denen Soldaten diejenigen sind, die am besten helfen können. Wenn etwa ein Gelände entminiert werden soll, müssen militärische Profis das bewerkstelligen, mit entsprechender Ausbildung und entsprechender Ausrüstung. Die Bundeswehr kann dabei bei der Bekämpfung von regionalen Konflikten viele sinnvolle Aufgaben übernehmen. Aber viele, und da darf man sich nichts vormachen, eben auch nicht. Im Werkzeugkasten der Konfliktverhütung und Konfliktbekämpfung ist die Bundeswehr so etwas wie der Hammer - und damit für die Lösung vieler Probleme kaum nützlich. Ihre Verwendung muss zwingend in einen breiter angelegten Plan eingebettet werden.

Wir warnen an dieser Stelle ausdrücklich davor, bei der Bekämpfung regionaler Konflikte zu sehr einseitig auf die Wirkungsmacht militärischer Einsatzkräfte zu vertrauen. Seitdem sich die Bundeswehr im Kosovokrieg erstmals an einen Kampfauftrag beteiligt hat, wird der Diskurs in Deutschland und Europa von einer Logik beherrscht, der wir entgegentreten. Der Grad der deutschen Bereitschaft, internationale Verantwortung zu übernehmen, wird mit der Anzahl von Soldaten bemessen, die wir bereit sind, ins Ausland zu schicken. Dieses Dogma ist mittlerweile selbst innerhalb der deutschen Sozialdemokratie weit verbreitet. Zivile Möglichkeiten der Krisenentschärfung werden oft nicht einmal mehr ernsthaft erwogen. Wir halten dem entgegen, dass ein Militäreinsatz auch weiterhin nicht nur immer als ultima ratio bezeichnet, sondern auch als solche behandelt werden muss. In diesem Zusammenhang ist in Deutschland ein Diskurs notwendig, um einen abstrakten Kriterienkatalog für Auslandseinsätze zu erarbeiten. Außenpolitischer Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit ist die verbindliche

Festlegung solcher Kriterien zuträglicher als die halbherzige und mitunter symbolische Unterstützung internationaler militärischer Interventionen.

Auch im Hinblick auf die Verteilung von Ressourcen innerhalb der Europäischen Union müssen wir darauf achten, dass zivile Instrumente der Konfliktprävention und Konfliktbekämpfung mindestens ebenso gefördert werden wie militärische Instrumente. Denn eine militärische Weltmacht wird Europa nie werden. Aber allein der Versuch, diesen Status zu erlangen, könnte dazu führen, dass die Europäische Union ihre Stellung als eine weltpolitisch bedeutende Zivilmacht einbüßt.

4. Was kann - und muss - die Zivilmacht Europa bieten?

Aus unserer Sicht müssen Deutschland und Europa sich weiterhin vor allem als zivile Mächte begreifen. Im Kern verdanken beide Gemeinwesen ihre heutige Form nichts anderem als erfolgreichen zivilen Konfliktbekämpfungsstrategien. Dabei hat die Europäische Union eine Doppelfunktion inne: Zum einen dient sie als erfolgreiches Integrationsmodell, zum zweiten kann und muss sie als global handelnde Zivilmacht auftreten.

Die europäische Integration ist eines der erfolgreichsten Friedensprojekte der jüngeren Geschichte. Souveränität wurde zwischen vormals verfeindeten Staaten geteilt. Das machte Krieg fortan unmöglich. Und auch wenn die komplizierten und oft langwierigen Brüsseler Verhandlungssysteme oft belächelt werden, so haben sie doch zu einer historisch einmaligen Stabilität in der europäischen Region beigetragen. Das Modell "Europäische Union" hat deshalb unbedingt Vorbildcharakter für andere Regionen.

Die Europäische Union ist jedoch weit mehr als nur ein Integrationsmodell. Sie ist auch ein internationaler Akteur, der sich in der Vergangenheit durch eine besondere Nischenfähigkeit hervorgetan hat: die zivile Bekämpfung von Konflikten. Diese Fähigkeiten muss die EU weiter ausbauen.

Dazu sind europäische Institutionen nötig, die europäische Spezialisten zum Aufbau von Justizwesen in fremde Regionen entsenden können, zum Aufbau von Verwaltungssystemen, von Bildungseinrichtungen und von Steuersystemen. Es sind Polizeikräfte nötig, die schnell in ferne Länder geschickt werden können, um für Ruhe und Ordnungen zu sorgen, die aber gleichzeitig so ausgebildet sind, dass sie ihrerseits lokale Polizisten schulen können. Die Zusammenarbeit der Europäer mit nicht-staatlichen Akteuren vor Ort muss stärker gefördert werden, die deutschen politischen Stiftungen müssen als wichtige Dialog- und Beratungsagenturen noch sichtbarer auftreten können.

In den Krisenregionen müssen Institutionen entstehen, die wirtschaftliche und politische Teilhabe und Ausgleich organisieren können. Recht muss gesetzt und verlässlich *durchgesetzt* werden, die Bürger müssen Richtern vertrauen, die Presse muss tatsächlich frei sein. Nur unter diesen Bedingungen entstehen Anreize, auf Gewalt zu verzichten.

Vor Ort ist überdies ein gewisses Maß an Selbstbeschränkung von Nöten. Auf lokaler Ebene hat sich die Maßgabe landeseigener Lösungen als Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit durchgesetzt. Das bedeutet, dass eine nachhaltig positive Entwicklung nicht mit von außen auferlegten Maßnahmen erreicht werden kann - etwa durch von Dritten eingesetzte Regierungen, durch Technologie- und Bildungstransfer oder Gütereinfuhr, sondern nur durch Unabhängigkeit. Entwicklung ist die Sache eigener Anstrengung und Fähigkeiten.

Auch die Wirtschaftsförderung dient dabei der Friedenssicherung. Lokale Ökonomien schaffen Arbeitsplätze, Mittel für neue Investitionen, Steuermittel für den Erhalt des Staatsapparates und auch Lebenschancen für Einzelpersonen. Die Förderung von so genannten Friedensökonomien muss dabei auf eine Diversifizierung hinauslaufen. Das heißt, dass eine Vielzahl von Wirtschaftszweigen notwendig ist, um langfristig Stabilität zu gewährleisten. Einseitige Abhängigkeit und ein Mangel an Investitionen in andere Wirtschaftszweige haben in der Vergangenheit zu risikoreichen Wirtschaftssystemen geführt, die stark von Weltmarktpreisen abhängig waren, nur wenige traditionelle oder staatliche Eliten begünstigten und Abhängigkeiten von teuren Waren- und Dienstleistungsimporten schufen. Und um Produkte aus Konfliktregionen konkurrenzfähig zu machen, bedarf es einer Öffnung der internationalen Märkte. Zölle und Subventionen müssen abgebaut werden.

Die Europäische Union hat viele dieser Ansätze bereits goutiert, bei allen muss sie künftig voranschreiten. Und Deutschland muss innerhalb der Europäischen Union für mehr Dynamik sorgen. Um eine positive Wirkung entfalten zu können, müssen zudem deutsche und europäische Sicherheits- und Entwicklungspolitik enger miteinander verzahnt und als integraler Teil der Außenpolitik begriffen werden. Wirtschaftliche und politische Elemente der Außenpolitik müssen ineinander greifen und dürfen nicht gegeneinander arbeiten.

5. Wie können zivile und militärische Komponenten verwoben werden?

Wie schwierig es ist, zivile und militärische Mittel in einer effektiven Strategie zu kombinieren, zeigt gerade das Beispiel der Postkonfliktgesellschaften. Hier handelt es sich um Gemeinwesen, die bereits innere Konflikte und Bürgerkriege durchlebt haben. Für externe Helfer ist es sehr schwer, einen Ansatzpunkt zu finden. Dort wo ein Waffenstillstand erreicht wurde,

besteht stets die Gefahr eines Rückfalls in die Gewalt. Die Bevölkerung ist traumatisiert, es fehlt an Vertrauen. Zudem ist häufig keine Infrastruktur vorhanden, um eine funktionierende Gesellschaft zu organisieren. Es gibt arbeitslose Kämpfer und Söldner, Kleinwaffen sind weit verbreitet, die Wirtschaft wird vom Gesetz der Gewalt bestimmt, viele Menschen sind arbeitslos, hungern und sind medizinisch unterversorgt, Minenfelder gefährden zudem die Sicherheit. Es fehlen Perspektiven.

In Postkonfliktgesellschaften ergeben sich so Probleme, die oftmals nicht ohne den Einsatz von Militär bewältigt werden können. Gerade bei diesen schwierigen militärischen Einsätzen gilt jedoch, dass der Erfolg oft von einer starken zivilen Komponente im Rahmen eines politischen Konzeptes abhängt. In diesem Zusammenhang wurde das Modell der zivil-militärischen Kooperation entworfen. Ein militärischer Einsatz dient im Prinzip je nach Mandat der Friedenssicherung und der Entwaffnung. Im Idealfall übernehmen die Soldaten zudem vorübergehend polizeiliche Aufgaben. Gleichzeitig werden massiv zivile Experten eingesetzt. Sie sollen helfen, durch den Aufbau von staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen sowie Bildungseinrichtungen den Frieden langfristig zu sichern. In Nordafghanistan wird ein solches Modellprojekt der zivil-militärischen Kooperation unter schwierigsten Voraussetzungen umgesetzt. Entscheidend ist dabei, dass die zivile Komponente über ausreichend Personal und Finanzmittel verfügt, um schnell und zugleich nachhaltig Aufbauarbeit leisten zu können. Die zivile Komponente muss auf der gleichen Augenhöhe wie die militärische handeln und darf dieser nicht einfach unterstellt sein.

Auch die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren ihre Entwicklung in diesem Bereich vorangetrieben. Die von Javier Solana vorgelegte Europäische Sicherheitsstrategie zielt auf eine Stärkung der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Kooperation ab. Um die EU handlungsfähiger zu machen und ihre internationale Glaubwürdigkeit in Sicherheitsbereich zu stärken, soll die europäische Einsatzgruppe die Fähigkeit besitzen, zivile Missionen zu unterstützen. Um über das nötige Personal mit entsprechender Qualifikation für zivile Missionen in der Krisenprävention zu verfügen, wurde im Jahr 2002 in Berlin das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) gegründet. Im europäischen Militärstab sind Schritte in diese Richtung noch zaghafte. Bisher gibt es nur eine kleine zivil-militärische Arbeitseinheit, die zukünftig die beiden Aspekte von EU-Missionen koordinieren soll. Ziel muss eine stehende zivile Stabsstruktur sein, die integriert in einen operativen Führungsstab Einsätze plant und auch leitet.

5. Was können internationale Organisationen leisten?

Jenseits der europäischen Dimension sind regionale und globale Regime und Organisationen in mehrerer Hinsicht von zentraler Bedeutung bei der Bekämpfung regionaler Konflikte. Sie können als Kanäle zur Prävention und Bearbeitung von Krisen dienen. Zudem tragen internationale Organisationen durch gemeinsame Entscheidungen oder sogar die zwischenstaatliche Integration von Entscheidungsverfahren zur Minimierung zwischenstaatlicher Auseinandersetzung und friedlichen Lösung ihrer Konflikte bei.

Sozialdemokratische Außenpolitik setzt sich erklärtermaßen für die Stärkung des Völkerrechts und der relevanten internationalen Organisationen ein, um das Recht des Stärkeren und eine Politik unilateraler Militärstrategien in der internationalen Politik nicht zum Standard werden zu lassen. Die deutsche Sozialdemokratie kann für die zentralen Aufgaben der regionalen Konfliktlösung zudem auf die Erfahrungen der aktiven Entspannungspolitik Willy Brandts zurückgreifen. Dazu zählen die Bereitschaft zum Dialog mit nicht freundlich gesinnten Akteuren und die Fähigkeit, mit zähen Verhandlungen Brücken zu schlagen und Bewusstsein zu verändern. Verschiedene Elemente der sozialdemokratischen Ostpolitik können auch für diplomatische Offensiven zur Stärkung und zum Aufbau regionaler Kooperation und Organisation dienen: Grundlage jeglicher Konfliktüberwindung ist die Anerkennung der Legitimität der Ansprüche und Wahrnehmungen des anderen und das Hineindenken in die damit verbundene Interessenslage. Im Kern geht es darum, den Gegner als Dialogpartner zu begreifen.

Für die Wirkungsmächtigkeit internationaler Organisationen bei der Lösung von Konflikten gibt es auch jenseits der Europäischen Union eine Vielzahl an Beispielen. Im Bereich der regionalen Friedenssicherung insbesondere in Südost-, Ost- und Mitteleuropa sowie in Zentralasien hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) während der neunziger Jahre eine starke Rolle eingenommen. Aufgrund der wichtigen Rolle der Vorläuferorganisation KSZE in der Ost-West-Vermittlung während des Kalten Krieges und ihrer Rolle in der Stärkung der Menschenrechte, hatte die Organisation eine große Legitimität in den Ländern der genannten Regionen. Mit 55 Teilnehmerstaaten hat die OSZE Schlüsselfähigkeiten und Instrumente in den Bereichen der Frühwarnung, Krisenprävention, Krisenmanagement und -bewältigung entwickelt.

Auch in Südostasien sind interessante Formen des Regionalismus entstanden. Insbesondere die Internationale Organisation südostasiatischer Staaten (ASEAN) hat in ihrem auf Entwick-

lungsländer abgestimmten regionalen Konzept für Sicherheit und Kooperation lange Zeit den Frieden zwischen den Staaten gewährleistet. Auf dem afrikanischen Kontinent gilt es, durch die Unterstützung ähnlicher Organisationen einen regionalen Ansatz des Umgangs mit den dortigen Herausforderungen zu schaffen. Im Bereich der Krisenbewältigung, Krisenprävention und Friedensmissionen verfolgen die afrikanischen Staaten im Rahmen der Afrikanischen Union (AU) einen eigenständigen Weg. Bis zum Jahre 2010 soll die AU in die Lage versetzt werden gewaltsame Konflikte zu verhüten und Friedensmissionen effektiv durchzuführen. Darüber hinaus wird der im Rahmen der G8 ausgearbeitete afrikanische Entwicklungsplan (Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung) unterstützt. Regionale Organisationen werden darin als operatives Instrument der Friedenssicherung und Krisenprävention anerkannt.

Zusammenfassung

Deutsche Politik kann einen entscheidenden Beitrag zur Befriedung regionaler Konflikte in der Welt leisten. Dabei sollte uns bewusst sein, dass dieser Beitrag nicht nur im Sinne sozialdemokratischer Solidarität und Verantwortung vor der Welt, sondern auch im ureigenen deutschen wie europäischen Interesse liegt. Aufgrund der zunehmenden Interdependenz internationaler Entwicklungen haben Krisen, auch wenn sie in entfernten Regionen der Welt auftreten, immer auch indirekte oder sogar direkte Auswirkungen auf Europa und Deutschland. Diese Auswirkungen werden im Zuge der weiteren Verknappung von Ressourcen und Rohstoffen sowie der demographischen Entwicklung noch zunehmen. Die Bewältigung oder Prävention regionaler Krisen ist somit auch immer ein Beitrag zur Stabilisierung und Sicherung bewährter sozialer und gesellschaftlicher Systeme in Europa.

Durch die Verknüpfung der Entwicklungsarbeit mit dem sicherheitspolitischen Instrumentarium ist die deutsche und globale Politik der Friedenssicherung in der Gegenwart angelangt. Im Gegensatz zum traditionellen militärischen Begriff der Sicherheitspolitik und dem staatszentrischen Verständnis der globalen Sicherheit, ist es heute möglich, gegen die Ursachen von Unsicherheit gezielt vorzugehen. Militärische Lösungen sind dabei nie ganz auszuschließen. Jedoch sollen diese nur dort zum Einsatz kommen, wo menschliche Katastrophen keine andere Wahl lassen oder diese nötig und gewünscht sind, um lokale Lösungsansätze in der Entwicklung eigener Strukturen zu ermöglichen.

Während wir einerseits im letzten Jahrzehnt eine verstärkte Bereitschaft feststellen können, Krisen auch militärisch zu begegnen, gewinnen wir zunehmend die Gewissheit, dass regionale Konflikte damit oft nicht einmal mehr vorübergehend, geschweige denn nachhaltig befriedet

werden können. Sicherheitspolitische Maßnahmen müssen daher immer in entwicklungspolitische, zivile Strategien eingebunden werden, die einen höheren Stellenwert auf der außenpolitischen Agenda bekommen müssen. Hierbei ist insbesondere die Prävention bereits prognostizierbarer Regionalkonflikte von Bedeutung. Daraus ergeben sich für die deutsche Politik zwei Aufgabenstellungen: Zum einen ist dies die Verfolgung einer Politik der aktiven Einmischung, auch in gesellschaftliche Entwicklungen anderer Staaten, wobei diese im Dialog mit den betroffenen Staaten stattfinden muss. Zentral für die Prävention von Konflikten ist dabei die Schaffung effektiver Strukturen der Gerechtigkeit im Bereich der rechtsstaatlichen Institutionen und im Bereich der Lebenschancen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Diese gilt es zu gezielt und konstruktiv zu unterstützen. Zum zweiten bedeutet ein höherer Stellenwert präventiver Maßnahmen auch eine stärkere Berücksichtigung bei der Verteilung nationaler Budgets. In Zeiten zunehmender Haushaltsrestriktionen mag dies zunächst unpopulär sein. Aber vor allem in Hinblick auf die zukünftigen Auswirkungen globaler Probleme auf Deutschland und Europa muss diese Debatte offensiv und argumentativ nach vorne gerichtet geführt werden. Dies sind wir dem außenpolitischen Erbe der deutschen Sozialdemokratie schuldig.